

(R)ausgezogen

Das philippinisch-amerikanische Verhältnis nach Abzug philippinischen Truppen aus dem Irak

von **Susanne Feser**

Vom Beginn des 20. Jahrhunderts an bis 1991 waren die Philippinen das Zentrum des US-Militärs für politische und militärische Aktivitäten in Südostasien. Die Militärstützpunkte auf den Philippinen gewährten den USA wichtige Unterstützung im Korea- und im Vietnamkrieg und später im Golfkrieg gegen den Irak. Die Philippinen dienten zudem als regionale Basis für verdeckte CIA-Operationen in Indonesien und gegen die nationale Befreiungsbewegung in Indochina.

Ein Tiefpunkt der philippinisch-amerikanischen Beziehungen stellte die Nichtverlängerung des Stützpunktabkommens 1991 durch den philippinischen Senat dar. Die USA empfanden das als »unfriendly act« und zogen ihre Truppen widerwillig ab. Mit dem *Visiting Forces Agreement* (VFA), das 1999 zwischen den USA und den Philippinen geschlossen wurde, und dem *Mutual Logistics and Support Abkommen* wurde die US-Militärpräsenz in den Philippinen jedoch fast völlig wiederhergestellt.

11. September

Den endgültigen Wendepunkt bildete der 11. September 2001. Nach den Anschlägen auf das World Trade Center gestaltete sich das Verhältnis zwischen den Philippinen und den USA enger denn je. Die einstige und einzige US-Kolonie (1898-1946) sprach Washington unmittelbar nach den Anschlägen die »bedingungslose Unterstützung« im »Kampf gegen das Böse« aus. Die Arroyo-Regierung bot den USA im Kampf gegen den Terrorismus weitreichende Hilfe an: unbeschränkte Überflugserlaubnis, Militärstützpunktnutzung beim Transit von US-Streitkräften, sowie medizinische und logistische Unterstützung. Zudem erhielten 600 philippinische Arbeiter die Erlaubnis, bei der Errichtung des

Stützpunktes Guantanamo Bay zu helfen.

Aus philippinischer Sicht war ein derartiges Verhalten durch die Hoffnung auf politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung durch die USA zu erklären. Sie wurden nicht enttäuscht. Die Positionierung der Philippinen wurde von den USA äußerst wohlwollend aufgenommen, Wirtschafts- und Finanzhilfe sowie militärische Soforthilfe wurden Präsidentin Arroyo bei ihrem Staatsbesuch in den USA im November 2001 zugesichert. Bereits zuvor, knapp zwei Monate nach dem 11.9., waren die amerikanischen Finanzhilfen für das philippinische Militärsprunghaft angestiegen.

Die USA betrachteten die Philippinen als einen geeigneten Ort, von dem aus ihre Militärmacht in Südostasien wiederhergestellt werden könnten, besonders im Hinblick auf die Bedrohung durch islamisch-fundamentalistische Gruppierungen in Indonesien und Malaysia.

Aufgrund ihrer strategischen Lage in der globalen Anti-Terrorallianz haben die Vereinigten Staaten die Philippinen zu einem der Frontstaaten im Kampf gegen den Terror auserkoren. Damit erhielten die Philippinen 4,7 Milliarden Dollar für Maßnahmen zur Terrorbekämpfung. Diese Gelder waren für die Stärkung der Wirtschaft, die Schaffung interner Terrorbekämpfungsmöglichkeiten und den Ausbau von Grenzkontrollen bestimmt.

Die militärische Kooperation zwischen den beiden Staaten hatte sich in den letzten Jahren vor allem auf die Terrorbekämpfung im philippinischen Inland konzentriert. So zum Beispiel im Februar 2003, als die USA Truppen auf die Philippinen entsandten, um den Militärs dort bei ihrem Kampf gegen muslimische Rebellen zur Seite zu stehen. Die Amerikaner sollten nach US-Angaben die von den Philippinen geführte Offensive gegen die Abu Sayyaf im Süden des Landes unterstützen.

In den Philippinen, wo die Verfassung es ausländischen Truppen explizit verbietet, Kampfhandlungen auf philippinischem Grund und Boden auszutragen, war lediglich die Rede davon, dass die Truppen zu einer Militärübung angereist seien.

Protest im Inland

Eine Nagelprobe für das Verhältnis zwischen den Philippinen und den USA stellte der Irakeinsatz der USA im Frühjahr 2003 dar. Es herrschte in den Philippinen, wie auch in anderen Partnerländern der USA, Uneinigkeit darüber, wie mit dem Irakthema umzugehen sei. Besonders strittig war die Frage, wie

Susanne Feser ist gegenwärtig Praktikantin des philippinenbüros. Sie studiert Verwaltungswissenschaften in Konstanz.

weit man mit der Unterstützung gehen sollte. Mitglieder des zivilgesellschaftlichen Blocks riefen zur Mäßigung auf. Es wurde die Frage aufgeworfen, was es dem Land bringen würde, eine uneingeschränkt pro-amerikanische Position zu vertreten. Die Bevölkerung wollte wissen, wer die philippinischen Gastarbeiter/innen vor möglichen Übergriffen im Nahen Osten schützen würde, wenn man die USA unterstütze. Mitglieder des Abgeordnetenhauses gaben der Regierung zu bedenken, dass 130 Kongressmitglieder eine Anti-Kriegsresolution unterstützt hätten, in welcher ein unilaterales militärisches Vorgehen gegen den Irak ohne UN-Mandat abgelehnt wurde.

Zu einem militärischen Einsatz kam es nicht, doch die Philippinen schickten eine 51-Mann starke Mission zum Wiederaufbau in den Irak. Selbst nachdem die Lage sich im Juni 2004 zuspitzte und der vierte Filipino im Irak ums Leben kam, beharrte die Regierung auf ihrem Standpunkt. Zwar versprach sie, den philippinischen Zivilisten bei der Heimreise aus dem Irak behilflich zu sein, einen generellen Rückzug lehnte sie jedoch ab. Zu diesem Zeitpunkt hielten sich dort etwa 4000 philippinische Arbeiter sowie 51 Soldaten und Polizisten, die mit den Besatzungstruppen dienten, auf. Trotz eines vorübergehenden Entsendungsstops von Filipinos in den Irak hatte die Regierung einen schweren Stand, die Anwesenheit so vieler Filipinos im Irak zu rechtfertigen.

Dann kam der 4. Juli 2004, an dem Angelo de la Cruz, ein philippinischer Lastwagenfahrer, im Irak von islamischen Militanten entführt wurde. Die Extremisten drohten, de la Cruz zu enthaupten, wenn die philippinischen Truppen nicht bis zum 20. Juli aus dem Irak abgezogen werden. Ursprünglich hätten die Aufbauhelfer den Irak erst am 20. August verlassen sollen. Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo gab schließlich den Entführern und dem innenpolitischen Druck nach und zog das Truppen- und Polizeikontingent aus dem Irak ab. De la Cruz kam unversehrt frei.

Alle für Einen

Die Entführung von de la Cruz hatte die Gemüter der philippi-

nische Bevölkerung enorm bewegt. Im ganzen Land war gegen die unbeugsame Haltung der Regierung protestiert worden und am Stuhl der Präsidentin, die gerade erst und das auch noch äußerst knapp wiedergewählt worden war, war heftig gerüttelt worden. Die USA hatten sie zwar zur Standhaftigkeit ermahnt, doch letztlich war Arroyo die nationale Politik wichtiger, nicht zuletzt weil sie sich noch gut an einen Zwischenfall von 1995 erinnern konnte.

Damals war die philippinische Haushaltshilfe Flor Contemplacion in Singapur zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Die Bevölkerung war vor Wut und Entrüstung kaum zu halten gewesen.

Dieser Zorn hätte dieses Mal Arroyo getroffen. Hätte sie die Enthauptung von De la Cruz zugelassen, hätte es Massenproteste gegeben, vor allem von den Millionen von Armen, deren Familienmitglieder gezwungen sind, im Ausland zu arbeiten, damit ihre Familien überleben können.

Der achtfache Vater De la Cruz war einer von ihnen. Er wurde somit zu einer Symbolfigur für all die hart arbeitenden Filipinos erkoren, welche ins Ausland gezogen waren, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Abzug aus dem Kreis der Verbündeten?

Die Philippinen wurden für ihr Verhalten heftig von den USA, Australien und Großbritannien kritisiert. In Washington bezeichnete der Sprecher des Außenministeriums den Abzug der Philippinen als »falsches Signal« für die Geiselnahmer. Und weiter: »Wir sind unglaublich enttäuscht, solche Äußerungen in einer Zeit zu sehen, in welcher der Irak um Stabilität und Frieden kämpft«. Der australische Außenminister Alexander Downer schloss sich dem an: »Länder können gegenüber den Forderungen von Terroristen nicht nachgeben«.

Es darf allerdings bezweifelt werden, ob die philippinische Bevölkerung es verstanden hätte, wenn einer ihrer Mitbürger wegen der Verpflichtung gegenüber einem abstrakten Prinzip hingerichtet worden wäre.

Wie genau sich die Entscheidung Arroyos, die philippinischen Truppen aus dem Irak abziehen, auf das zukünftige Verhältnis

zu den USA auswirken wird, bleibt abzuwarten. Außenminister Powell stellte zwar klar, dass die Philippinen Freunde und Verbündete der USA bleiben würden, machte allerdings deutlich, dass das Verhalten der Philippinen definitiv Folgen haben werde.

Die philippinische Seite bemühte sich sogleich um Schadensbegrenzung und bezeichnete das Ausscheiden der Philippinen aus der Irakkalition als ein temporäres Missverständnis zwischen Manila und Washington, dessen diplomatischen Konsequenzen keinesfalls zu einem Bündnisbruch führen würden. Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo sicherte den USA weitere Unterstützung beim Wiederaufbau des Iraks zu.

Auf einer Pressekonferenz am 9. August 2004 fand der amerikanische Botschafter auf den Philippinen wohlwollende Worte für diese Erklärung der Präsidentin: »Ich war tief von der Erklärung Präsidentin Arroyos beeindruckt. Sie hat ihre wie auch die Verpflichtung der philippinischen Regierung betont, den Wiederaufbau des Iraks zu unterstützen, und zwar mit Hilfe der philippinischen Arbeiter, die im Irak sind. Diese Tatsache ist für unsere beiden Länder wichtig und wir freuen uns darauf die Zusammenarbeit fortzusetzen.«

Gleichzeitig gab er jedoch folgendes zu bedenken: »Das soll nicht heißen, dass nichts vorgefallen ist — wir hatten eine sehr schwere Meinungsverschiedenheit.« Eine Antwort auf die Frage, ob das Verhalten der Philippinen nachteilige Auswirkungen auf die Benennung des Landes zum hauptsächlichen Verbündeten außerhalb der NATO habe, blieb er schuldig.

Einer Quelle im Außenministerium nach müssten sich die Philippinen allerdings keine Sorgen wegen der Äußerungen des Botschafters machen. Den USA liege sehr viel an einer langfristigen Kooperation mit Manila, zumal sie auf die Inseln als strategischen Posten für ihre Militärbasen angewiesen seien. Die Amerikaner würden die Philippinen mehr brauchen, als diese sie. Ob das so ist, wird sich zeigen. ●